

Änderungsantrag 2 zum Leitantrag

Antragsteller:in: Landesvorstand, 1. November 2021

Ersetzungsantrag zum Leitantrag:

Streichen und Ersetzen der Zeilen 17 – 66, Streichung Zeilen 104-108 (wegen Dopplung im Ersetzungsantrag)

Unser Wahlergebnis zur Bundestagswahl ist nicht nur ein Weckruf, sondern auch ein Auftrag. In Sachsen-Anhalt erhielt DIE LINKE lediglich 9,6 Prozent der Zweitstimmen. Das schlechteste Ergebnis der letzten 31 Jahre, wie in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt.

Wähler:innen, die uns 2017 den Rücken zugekehrt hatten, konnten wenn überhaupt nur unzureichend zurückgewonnen werden, zusätzlich verloren wir an GRÜNE und SPD über 1 Million Stimmen. Es ist ein Alarmsignal für uns, dass 370.000 Wähler:innen, die uns bei der letzten Bundestagswahl noch ihre Stimme gaben ins Nichtwähler:innenlager abgewandert sind.

Mit dem Gewinn von drei Direktmandaten ist momentan das parlamentarische Überleben als Fraktion im Bundestag gesichert. Und mit der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern schöpfen wir alle Hoffnung.

Ja, es hätte also noch schlimmer kommen können, aber das sollte kein Grund zur Entwarnung sein. Dennoch: Dank an Gesine Löttsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann. Und natürlich danken wir auch und gerade angesichts der Niederlagen allen unseren Wähler:innen, Unterstützer:innen und Wahlkämpfer:innen. Alle wussten, dass sie gegen den Strom schwimmen mussten. Viel Erfolg wünschen wir unseren Genoss:innen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für die anstehenden Verhandlungen und für die Regierungstätigkeit eine glückliche Hand.

„Man hat uns schon öfter für tot erklärt, aber wir leben noch.“ Dies haben wir auch den leidenschaftlichen Wahlkämpfer:innen in Bernburg und im Salzlandkreis zu verdanken. Allen voran Silvia Ristow, die mit ihrer jahrelangen bodenständigen, zuverlässigen und nahbaren Arbeit für sich geworben und damit das Oberbürgermeisteramt in Bernburg errungen hat. Wir gratulieren ihr dazu von ganzem Herzen.

Dennoch soll dieser tolle Erfolg nicht den Blick verstellen, vor der eigenen Haustür zu kehren und nach den Ursachen zu suchen, die tiefer liegen als im Wahlkampf der letzten Wochen.

Die Suche nach Ursachen und Antworten

Zu den Gründen dieser Niederlage ist viel zu sagen und die Analyse ist mit diesem Landesparteitag bei Weitem nicht abgeschlossen. Die Partei steht vor einem Umbruch, dessen Weg in den nächsten Jahren begleitet und geebnet werden muss. Lasst uns gemeinsam über die Gründe, aber vor allem über die Schlussfolgerungen und die anstehenden Aufgaben für unseren Landesverband diskutieren. Bei den Ursachen lassen sich auf der Bundes- und Landesebene Parallelen erkennen, aber eben auch Unterschiede. Da wir, der Landesvorstand die Stellschrauben, die wir beeinflussen können, vor allem auf der Landesebene sehen, soll die Auswertung der Landtagswahl auch mehr Raum einnehmen, als die der Bundestagswahl.

Auswertung Bundestagswahl

Andauernde inhaltliche Unentschiedenheit (die Enthaltungs- oder Remis-Partei).

In vielen Fällen, aber vor allem wichtigen strategischen Entscheidungen wurde der Kompromiss in der Bundespartei und der Bundestagsfraktion über den Kampf um gesellschaftlichen Einfluss gestellt. Die Unentschiedenheit in wichtigen inhaltlichen und strategischen Fragen auch in Form von Formelkompromissen führte immer wieder dazu, dass Entscheidungen der Partei in der Öffentlichkeit in Frage gestellt wurden. Die Folge waren nicht nur unklare Botschaften an die Wähler:innen, beispielsweise bei der Europapolitik, der Außenpolitik oder wen DIE LINKE überhaupt ansprechen möchte, sondern vor allem auch ein Verlust von Vertrauen und Gebrauchswert.

Horst Kahrs macht dies in seinem Wahlnachtbericht zur Bundestagswahl vor allem am destruktiven Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion zum Afghanistan-Mandat fest: „Die Signalwirkung reichte noch weiter: Musste sich nicht die Krankenpflegerin, der die Linke höheres Gehalt versprach, die Frage stellen, ob dieses Anliegen im Zweifel nicht auch der innerparteilichen Identitätspolitik geopfert werden würde? Das offensive Werben für eine Regierungsbeteiligung mit dem Argument, dass die Menschen, die die Linke vertreten will, die Verbesserungen »jetzt« brauchen und nicht erst in weiter Ferne nach einem Systemwechsel, wurde ordentlich untergraben.“¹

Das Problem liegt jedoch tiefer als das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion. Zu lange haben wir es alle miteinander in der Partei versäumt, strittige Diskussionspunkte nach vorne aufzulösen und letztendlich zu entscheiden.

Auch vor dem Hintergrund, dass DIE LINKE zurecht im Wahlkampf deutlich machte, dass sie zum Mitregieren zur Verantwortungsübernahme bereit wäre, so mussten doch diese Unentschiedenheiten das Vertrauen in die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme und Politikgestaltung untergraben.

„Es fehlt aber in“ [sic!] „einem strategischen Zentrum, welches die tonangebenden Parteiaktiven hinter einer Strategie versammeln könnte, um überhaupt in die Lage zu kommen, über einen längeren Zeitraum die Wähler und Wählerinnen davon zu überzeugen, den programmatischen Signalen Glaubwürdigkeit beizumessen. Diese Aufgabe wird die Parteiführung in den kommenden zwei Jahren bewältigen müssen (...)“² Wir, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, werden uns dazu einbringen.

Zurschaustellung innerparteilicher Konflikte, besonders der Konflikt um/mit Sahra Wagenknecht

Kulturvoller Streit um die beste Strategie, um Inhalte oder auch wie sie verpackt werden sollten, so dass sie Wähler:innen ansprechen, bereichert eine Partei. Öffentlich ausgetragener Streit um Grundsatzpositionen und Posten und sich gegenseitig diffamierende Unterstellungen schaden einer Partei und ihrer Glaubwürdigkeit. Der Konflikt um und mit Sahra Wagenknecht steht dafür exemplarisch. Kaum ein Info-Stand fand ohne die Kritik statt: „wie ihr mit Sahra Wagenknecht umgeht“. Auf der anderen Seite fühlten sich Mitglieder, Verbündete und potentielle Wähler:innen durch die permanente Anheizung der Konflikte durch Sahra selbst und ihr Buch abgestoßen. Die Kritik an der eigenen Partei als auch den Ausschlussantrag hat ganz Deutschland registriert und es hat uns im Wahlkampf geschadet.

¹ Horst Kahrs: „Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 WAHLNACHTBERICHT, ERSTE DEUTUNGEN UND HINTERGRÜNDE DES WAHLVERHALTENS“, vom 27.09.21 <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2021/09/WNB-BTW21.pdf>

² Ebd.

Erschwerende Rahmenbedingungen

Äußere Faktoren wie etwa das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU, aber auch die stärkere Ausrichtung vieler Wähler:innen strategisch zu wählen, das Gefühl dabei wäre eine Stimme für DIE LINKE vielleicht eine verlorene Stimme in diesem Wettlauf, war für uns zusätzlicher Treibsand. Und auch wenn Armin Laschet der laue, aber ausreichende Wind unter den Flügeln der SPD war, so konnten wir als sozialistische Alternative nicht deutlich machen, warum das Kreuz bei uns besser als bei der SPD aufgehoben wäre.

Der Führungswechsel an der Spitze der Partei als auch die dann folgende Nominierung der Spitzenkandidat:innen erfolgte auch für ein wirkungsvolles Aufbruchssignal zu spät. Es versandete zu schnell nach dem Bundesparteitag.

Strategische Ausrichtung in Ostdeutschland

Die Uneinigkeit bei den strategischen Ausrichtungen führte auch zu Uneinigkeit bei der Ansprache von Zielgruppen sowohl in der Wähler:innen- als auch Mitgliedschaft. Die schwierige Herausforderung, sowohl progressive vor allem im urbanen Raum verortete junge Menschen als auch Stammwähler:innen, ältere Menschen im ländlichen Raum anzusprechen, haben wir nicht bewältigt.

Hinzu kommt, dass Ost-Interessen nur noch verschämt artikuliert wurden. Gerade in Ostdeutschland stehen wir vor einer besonderen Herausforderung uns gemeinsam neu zu erfinden und dennoch auch die Wurzeln, die Erfahrungen der Nachwendezeit, der Krisenzeiten in den 2000er Jahren produktiv einzubinden. Wir sollten unser Image als ostdeutsche Kümmererpartei nicht für tot erklären. Es wird unsere Aufgabe sein, zu klären, wie wir dies in der heutigen Zeit wiederbeleben und neu ausgestalten können.

Die Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer anstatt kleiner. Diese Entwicklung hat sich weiter verfestigt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin für die Menschen kämpfen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir werden auch künftig eine mahnende Stimme gegen soziale Ungerechtigkeit, Armut und Ausgrenzung sein, wie auch für eine Trendwende in der Klimapolitik, die nicht sozial ausgrenzt und die Folgen des Klimawandels für Menschen in den Blick nimmt.

Ja, wir müssen uns auch verändern. Nach einem solchen Wahlergebnis, das sich in eine Folge von Niederlagen einreihet, müssen wir offen darüber diskutieren, wie wir uns auch in Zukunft strategisch aufstellen, mehr Menschen von unseren Zielen überzeugen können, mit uns unzufriedene Wähler:innen zurückgewinnen können und nicht nur neue Mitstreiter:innen, sondern vor allem auch Wähler:innen gewinnen können. Sowohl auf Bundes- als auch Landesebene brauchen wir ein mehr an Miteinander, statt Nebeneinander.